

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Berner Schulblatt**

Band (Jahr): **28 (1895)**

Heft 29

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Berner Schulblatt

Organ der freisinnigen bernischen Lehrerschaft.

Erscheint jeden Samstag einen Bogen stark.

Abonnementspreis: Jährlich Fr. 5. 20, halbjährlich Fr. 2. 70 franko durch die ganze Schweiz.

— **Einrückungsgebühr:** Die durchgehende Petitzeile oder deren Raum 25 Cts. (25 Pfg.), die zweispaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Cts. (15 Pfennige). — **Bestellungen:**

Bei allen Postämtern, sowie bei der Expedition und der Redaktion in Bern.

Inhalt. Gedankenspäne. — Subvention der Volksschule durch den Bund. II. — Presstimmen über den bundesrätlichen Entwurf betr. Subventionierung der Volksschule durch den Bund. I. — Bernischer Lehrerverein. — Thun. — Interlaken. — Aarmühle. — Büren. — Artikel 17 des Primarschulgesetzes. — Neuveville. — Bellelay. — Porrentruy. — Stadt Bern. — Belp. — Amt Seftigen — Sumiswald. — Bolligen. — Hans Wyniger sel. — Danksagung. — Bundessubvention. — Centralvorstand des „Schweiz. Lehrervereins“. — Nachturnkurse für Lehrer. — Handfertigkeitsunterricht. — Schwyz. — Zürich. — Aargau. — Schulausschreibungen.

Gedankenspäne.

Die *Würde* ist ein Mantel, welcher die Dummheit am besten verdeckt.

Halbe Verschwiegenheit ist gefährlicher als eine Lästertzung.

Gar nicht von sich reden, ist eine sehr vornehme Heuchelei.

Das gefräßigste Untier, welches keine Kost verachtet, ist die *Eitelkeit*.

Liebe vertreibt die Zeit, die Zeit die Liebe.

Wessen das Herz leer ist, dessen strömt heutzutage der Mund*über.

Die Lüge erkennt man am sichersten an dem Übereifer, mit dem sie glauben machen will, sie sei die Wahrheit.

Die *Mode* ist eine Brille, durch die man alles schön findet.

Die *aufrichtigste Freude* ist die *Schadenfreude*.

Der Papierkorb ist der Spucknapf des Geistes.

Bibliotheken sind Buffets des Geistes.

Jeder ist sein eigener Pechfabrikant.

Wahre Schönheit in der Kunst ist schöne Wahrheit.

Ein guter Freund ist unser zweites Gewissen.

Ein grosser Mann hat einen Gedanken und die Kleinen zersplittern ihn.

Manche Menschen sind nie höflicher, als wenn sie tadeln.

Gute Menschen gleichen guten Tonkünstlern; sie wissen selbst schlechten Instrumenten gute Töne zu entlocken.

Der Schmerz und die Erfahrung sind die besten, aber auch die strengsten Lehrer der Menschen.

E. Subvention der Volksschule durch den Bund.*

(Siehe Art. I in Nr. 27.)

II.

Der Obsorge des Bundes für die Volksschule winkt auch der scharf ausgeprägte *Materialismus unserer Zeit* entgegen. Wir reden hier nicht von dem schwer ausrottbaren bäuerischen und städtischen Materialismus, der auf die Auferziehung eines Kalbes, oder die Erlangung von Besitz, Ansehen und Wohlleben mehr Wert legt als auf die Erziehung der Kinder, sondern wir reden von dem Materialismus, wie er seit Jahrzehnten mehr und mehr in unserm Staatsleben Einzug gehalten hat, und wie er sich in oben angeführten Zahlen deutlich zu erkennen gibt. Berufs und Hochschulbildung, ja, die werden gepflegt, weil diese die Mittel liefern, die materiellen Ziele erreichen zu können. Ferner wird verhältnismässig wohl in keinem Lande der Welt so viel Geld für Pferde-, Rind- und Kleinviehzucht ausgegeben, wie in der Schweiz.

Und wer bekommt die Prämien? Wer anders als die grossen Bauern und Herren. Für ein sechsjähriges braves Kalb werden seinem Besitzer, der sich's für dessen Aufzucht nicht im geringsten hat sauer werden lassen, Fr. 150 und mehr ausbezahlt; um einen Familienvater, der von seinem Verdienste leben muss und der mehrere noch kleine Geschöpfe, nicht Kälber, sondern Ebenbilder Gottes, zu nähren, zu kleiden, aufzuerziehen hat, kümmert sich der Staat nicht, oder doch erst dann, wenn seine Kraft gebrochen, er das Werkzeug aus der Hand gelegt und es ihm unmöglich geworden ist, die süssen Vaterpflichten zu erfüllen. So wird auch der Industrie, dem Gewerbe, dem Handel seit Jahren auf alle mögliche Weise geholfen, indes es mit der Kranken-, Alters- und Unfallversicherung, die wenigstens den im Dienste der Reichen auf dem Kampfplatze gebliebenen armen Arbeitern in ihrer Invalidität einen Notpfennig sichern würde, nicht vorwärts will.

Der krasse Materialismus hat auch ein augenscheinliches Interesse, die Volksschule nicht zu gut werden zu lassen. So wie es die grossen Farmer der Südstaaten Nordamerikas vor dem grossen Kriege in den Sechzigerjahren ohne die „*Feldhand*“, d. h. ohne den Sklaven, nicht glaubten machen zu können, so müssen auch unsere grossen Land- und Fabrikbarone ihre „*Feld- und Fabrikhände*“ haben und je mehr deren Besitzer sich der last- und tragbaren Eselin nähern, desto wertvoller sind sie. Bildung, Schul-

* Durch die in vorletzter Nummer publizierte Eingabe unserer Kollegen aus der romanischen Schweiz und den erfreulichen Beschluss des Bundesrates hat zwar die Subventionsfrage ein hoffnungsvolleres Gesicht bekommen; indessen ist der Abschluss der Angelegenheit noch ziemlich fern und unbestimmt, und so lassen wir unsern E-Korrespondenten gerne seine Erörterungen fortsetzen.

bildung!?! Warum nicht gar! Je geschulter, desto begehrtlicher und unbrauchbarer ist der Helote. Nun sind die Herren schlau genug, um einzusehen, dass die meisten Kantone nie im stande waren, nicht im stande sind und wohl nie im stande sein werden, aus eigenen Mitteln eine allgemeine, durchgreifende Volksbildung durchzuführen, und das ist's ja, was ihren Interessen dient. So bleibt ein grosser Satz im Volke zurück, dem kein besseres Los beschieden ist, als in den jungen Jahren seine Kraft im Dienste eines Herrn aufzubreuchen, dann abgestossen zu werden und im Alter — glücklicherweise gibt's für die meisten kein solches — zu darben.

Dass dieser wahre Grund für Ablehnung der Unterstützung der Volksschule durch den Bund zu gemein und niedrig ist, um ihn frei und offen zu bekennen, ist selbstverständlich. „Entchristlichung der Schule“, „Centralisationswut“ „Zurückgehen auf die Helvetik“, „Bundesschule“, „Zwängerei der Schulmeister“, „zielloses Geldausgeben“ (Neue Zürcher-Zeitung), „mangelndes Geld in der Bundeskasse“ (Genfer Journal) und wie die Schreckmännchen für blöde Köpfe alle heissen, thun den Dienst besser.

Doch wir verlassen dieses, hier nur angedeutete Kapitel und kommen auf den Einfluss des *Militarismus* auf unsere Volksschule zu sprechen. Wir müssen ihn als einen *ungünstigen* bezeichnen. Indem wir dies thun, laden wir freilich den Zorn der Gewaltigen des Mars auf unser armes Haupt; allein wir können es nicht lassen, von dem zu zeugen, was wir gehört und gesehen und täglich vor Augen haben. Zudem haben ganz andere als wir das Gleiche und besser zum hundertstenmal *vor* uns gesagt, so alt Bundesrat Welti in seiner im Jahr 1891 in Basel gehaltenen berühmten Eisenbahnrede, welche er mit den denkwürdigen Worten schloss:

„Die Konkurrenzfähigkeit im Wettkampf der Völker ist so wichtig, dass die militärische Sicherheit ohne diese wirtschaftliche keinen Wert hat.“

Welches ist aber das *erste* und *vornehmste* Mittel, diese Konkurrenzfähigkeit eines Volkes zu erlangen? Doch wohl die Obsorge für dessen geistige und materielle Wohlfahrt und Höhe. Ist diese Obsorge bei uns *allgemein*, für *alle Schichten* der Bevölkerung in ausreichender Weise vorhanden? Die seit Jahren bekannt gewordene Schulbildung und die erbärmliche äussere Lebenshaltung eines grossen Bruchteils unseres Volkes geben eine entschieden negative Antwort auf diese Frage. Das zugegeben, wird man zum Schlusse kommen *müssen*, dass unsere öffentlichen Mittel in zu einseitiger und zu ausschliesslicher Weise für das Militärwesen verwendet werden. Als neutraler Staat *müssen* wir eine gut geschulte Truppe haben. Allein ein gewisses Masshalten ist uns von der Natur vorgezeichnet. Wir dürfen in keinem Falle es den Grossen gleichthun wollen; sonst setzen wir uns der Gefahr aus, dem Frosch auf dem Dünkel zu gleichen und der Lächerlichkeit zu verfallen. Die Achtung vor dem Ausland und die damit verbundene Respektierung unserer Selbständigkeit erwerben wir uns nicht

sowohl durch eine grosse, kostspielige Armee, als vielmehr durch das Vorhandensein eines hohen Masses geistiger, sittlicher und materieller Kraft, welche dem Gesamtvolke inne wohnt. Die Vernachlässigung der Pflege dieser Kraft ist demnach für unsere selbständige Existenz folgenschwerer als die ungenügende Instandhaltung unserer Armee, eine Wahrheit, welche von unsern Militärs à outrance ganz und gar nicht begriffen wird. Darum finden wir denn auch mit unserm Bestreben um Unterstützung der Volksschule durch den Bund bei denselben so wenig Entgegenkommen, vielmehr eisige Kälte, wenn nicht gar passiven und offenen Widerstand gegen dieselben. Und in den Ratssälen dominieren auch die Militärs, und darum ist unser Kampf für Hebung der Volksschule und damit Hebung der untern Volksmassen ein so mühsamer, langwieriger und bis heute so wenig erfolgreicher. Aber es ist ein Kampf für die heiligsten Güter der Nation und das gibt uns den Mut, in demselben nicht zu erlahmen, bis ihm der Sieg geworden ist. Dass dieser *kommen muss*, dafür bürgt unter anderm auch die sich in gegenwärtiger Zeit vollziehende Erscheinung, dass in Bund und Kantonen die Herrschaft mehr und mehr aus den Händen einzelner in den Ratssälen in diejenigen des Volkes übergeht.

Wollten wir darauf eintreten, was sonst noch der übertriebene Militarismus bei uns für Giftblüten treibt, so hätten wir da noch vieles anzuführen. Wir unterlassen es; doch können wir uns nicht versagen, nachstehenden Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 21. Mai 1892 hiernach zu reproduzieren, der uns zeigt, wie wenig Ursache wir haben, alles Militärische schön zu finden und nachäffen zu wollen, was in monarchischen Staaten geschieht. Der Artikel lautet:

„Tiefer schlägt mit jedem Tage der *Militarismus* seine Krallen in das Fleisch der kontinentalen Völker. Weit in die Milliarden belaufen sich die Summen, die der unersättliche Moloch seit zwei Jahrzehnten verschlungen hat und immer weiter spannt er seine Anforderungen an die persönlichen Leistungen der Wehrpflichtigen, die er z. B. in Deutschland jetzt schon bis ins hohe Mannesalter hinein in seinen Dienst zwingt. Deutschland allein hat für Heer und Marine, seit 1872, den Etat für 1892/93 mitgerechnet, an einmaligen Ausgaben über 2600 Millionen Mark, an laufenden und einmaligen Ausgaben elf Milliarden und fünfzig Millionen Mark verausgabt, von ca. 300 Millionen im Jahre 1872 ist der ordentliche Etat für Heer und Marine im Jahre 1892/93 auf über 530 Millionen angeschwollen und eine abermalige erhebliche Steigerung desselben, sowie eine neue einmalige Ausgabe in hohem Betrage ist trotz aller offiziösen Ablehnungen und Beschwichtigungsversuche in Bälde zu erwarten. Nicht besser steht es in den übrigen grossen Militärstaaten des Kontinents und selbst England muss an dem militärischen Wettlaufe neuerdings wohl oder übel in immer steigendem Masse teilnehmen. Die Folgen dieser ungeheuren materi-

ellen Belastung der Völker durch den Militarismus können nicht ausbleiben; nicht nur müssen alle übrigen Aufgaben des Staates, insbesondere die kulturellen, darunter aufs Schwerste leiden, nicht nur werden Handel und Wandel in arger Weise geschädigt, sondern — darüber kann heute kein Einsichtiger mehr im Unklaren sein — der allgemeine Bankerott, der finanzielle „grosse Kladderadatsch“ ist nur noch eine Frage der Zeit und nicht einmal langer Zeit, wenn die Dinge so weiter gehen, wenn fernerhin noch von den massgebenden Kreisen die gesamte Volkswirtschaft in erster Reihe als milchende Kuh für den Militarismus betrachtet wird. Die Krise, die Italien eben durchmacht, ist ein Menetekel für alle Militärstaaten, jenes ist nur etwas früher an dem kritischen Punkte angekommen, an welchem diese ebenfalls mit der Zeit zweifellos anlangen werden, wenn nicht endlich die Völker sich besinnen und noch in letzter Stunde dem drohend nahenden Verderben mit Nachdruck entgegentreten.

Aber der Schaden, den der alles überwuchernde Militarismus der Neuzeit den Völkern bringt, liegt keineswegs allein auf wirtschaftlichem Gebiete; kaum geringer sind die Gefahren und Nachteile anzuschlagen, die der geistigen Verfassung der Völker daraus erwachsen, wenn nicht alle berufenen Faktoren sorgfältig auf der Hut sind. Der sogenannte „militärische Geist“, der geistige Drill, die unselbständige Subordination, das Misstrauen in die eigene Kraft und das Sich-Verlassen auf Andere, Höhergestellte — diese charakteristischen Begleiterscheinungen des Militarismus übersteigen, wenn der letztere eine gewisse Ausdehnung gewonnen hat, leicht die Mauern der Kaserne, übertragen sich ins bürgerliche Leben, in die privaten wie in die öffentlichen Verhältnisse und legen sich wie ein geistiger Mehltau auf die ganze Denkweise und den Charakter der Völker, den öffentlichen Geist vergiftend, erstickend. Und in leicht erklärlicher Wechselwirkung lässt die auf diese Weise entstandene Korruption des Volkscharakters, die sich in erster Linie in einer häufig bis zu niedriger Unterwürfigkeit gehenden Devotion der Bürger vor dem militärischen Kleide äussert, in den Trägern dieses Kleides jenen Standesdünkel, jene hochmütige Überhebung über alles Nicht-Militärische vollends in die Halme schiessen, deren Keim schon im Wesen des Militarismus liegt und durch mancherlei Einrichtungen desselben gehegt und gepflegt wird. Dadurch bildet sich dann mehr und mehr der Militarismus zu einem besondern und zwar zum beherrschenden Staat im allgemeinen Staate aus, und es entsteht eine gähnende Kluft zwischen den Trägern des Militarismus und der bürgerlichen Klasse, insoweit dieselbe sich noch einige Selbstachtung bewahrt hat — ein unheilvoller Zustand, der die Stärke der Nationen schwächt und ihnen, wie die Geschichte in zahlreichen Beispielen lehrt, in ernsten, hohe Anforderungen an alle Volkskräfte stellenden Zeitläuften verhängnisvoll wird.

Sind in Deutschland die vorstehend in allgemeinen Umrissen gezeichneten Gefahren und Schäden des Militarismus bereits in bedenklicher Weise bemerkbar? Geschieht bei uns seitens aller in Betracht kommenden Faktoren das Mögliche, um dieselben zu beseitigen oder wenigstens ein weiteres Umsichgreifen zu verhüten? Diese Fragen treten angesichts verschiedener Vorgänge die sich in der letzten Zeit, zum Teil in unserer nahen Nachbarschaft zugetragen und bei denen Militärpersonen die Hauptrolle gespielt haben, mit vermehrtem Nachdruck an jeden wahren Patrioten heran. Leider muss die erste dieser Fragen bejaht, die zweite verneint werden. Zum grossen Teil infolge der letzten, siegreich geführten Kriege hat sich das Selbstgefühl unseres Offizierkorps gewaltig gehoben und ist unleugbar vielfach in Überhebung ausgeartet gegenüber dem Bürgertum, welches sich, geblendet von den Erfolgen der Armee, in die Rolle des demütig-bewundernden Zuschauers nur allzu willig hineingefunden hat. Die Äusserung, welche dieser Tage der betrunkene Mainzer Husaren-Lieutenant zu den beiden Bürgern that, die nicht über das vorgestreckte Bein des jugendlichen Herrn springen und seine Gnaden nicht „militärisch grüssen“ wollten: „Ihr sollt einen preussischen Lieutenant kennen lernen“ — diese Äusserung ist der allerdings aussergewöhnlich drastische Ausfluss einer Gesinnung, die einen Teil unseres Offizierkorps dem Bürgertum gegenüber beherrscht und für die man den einzelnen Offizier jedenfalls nur zum Teil, wahrscheinlich nicht einmal zum grösseren Teil verantwortlich machen kann. Es müssen schon besonders gut und gediegen veranlagte Persönlichkeiten unter den Offizieren sein, die nicht infolge des kläglichen Verhaltens eines grossen Teiles des Bürgertums dem Offizierstande gegenüber eine allzu hohe Meinung von ihrer Stellung und Bedeutung bekommen sollen; bei schwachen oder beschränkten Individuen wird eine an Grössenwahn grenzende und unter Umständen sich in praktische Brutalität und Verachtung aller Schranken umsetzende Selbstüberhebung die notwendige Folge eines solchen Zustandes sein. Es ist ein gutes Zeichen für die durchgängige Qualität unseres Offizierkorps, dass sich der in Rede stehende Übelstand nicht in noch weiterem Umfange geltend macht, als es thatsächlich der Fall ist; aber die Pflicht des Bürgertums, soviel an ihm liegt, zur Abstellung des Übelstandes beizutragen, sich auf sich selbst, auf seine Würde, seine Stellung und Bedeutung im Staatsleben, mit einem Wort: auf seine bürgerliche Ehre gegenüber der sogenannten Offiziersehre zu besinnen, ist darum nicht weniger dringlich. In einem dieser Tage in Nürnberg gehaltenen Vortrage hat der Führer der schwäbischen Volkspartei, Abgeordneter Friedrich Payer, es als einen traurigen und beschämenden Zustand bezeichnet, dass ein Teil der bürgerlichen Jugend es heutzutage als sein schönstes und höchstes Lebensziel betrachtet, auf der Visiten- oder gar der Verlobungskarte den „Lieutenant der Reserve“ vor den bürgerlichen Beruf setzen

zu dürfen. Diese Bemerkung Payers rief bei den Zuhörern Heiterkeit hervor und die Sache hat in der That einen komischen Beigeschmack, der aber weit zurücktritt hinter der bitter-ernsten Seite derselben; beweist doch diese selbstgewählte Reihenfolge der Titel, auf ein wie tiefes Niveau bei den in Betracht kommenden Personen — und deren Zahl ist gross, viel grösser, als man im allgemeinen annimmt — die bürgerliche Selbstachtung gesunken ist. Und tritt nicht etwa die gleiche Erscheinung auch in unseren Parlamenten zu Tage? Ist etwa die nachgerade gemeingefährlich werdende Nachgiebigkeit und Rückgratlosigkeit gegen Regierungsforderungen militärischer Natur, das Beugen unter die militärische „Autorität“ nicht ebenfalls der Ausfluss einer subalternen Gesinnung, die in dem Epauettes tragenden Teil der Staatsbürger Wesen höherer Ordnung erblickt, für die der gemeine Mann nicht nur schwere Opfer zu bringen, sondern zu denen er obendrein noch in verehrender Bewunderung emporzublicken habe?

Dieser subalterne Geist des Bürgertums wird selbstverständlich um so bedenklicher, die Gefahr, die derselbe für das Wohl des gesamten Staatswesens in sich birgt, um so grösser, je geringer in den massgebenden militärischen Kreisen die Neigung ist, dem militärischen Sondergeist entgegenzutreten. Brauchen wir erst zu sagen, dass von diesem Gesichtspunkt aus die Pflicht des Bürgertums, sich zu energischer Aktion aufzuraffen, heutzutage eine doppelt ernste ist? So manche Rede, welche in den letzten Jahren weit über Deutschlands Grenzen hinaus mit Erstaunen vernommen worden ist, die Gefreitenknöpfe des Soldaten Lück, die Begnadigung des Mainzer Lieutenants Leydhecker, das Verhalten der Vertreter der Militärverwaltung bei den Reichstagsdebatten über die Soldatenmisshandlungen, die starre Ablehnung der auf eine Reform der Militärgerichtsbarkeit und der Instruktion der Wachtposten gerichteten Forderungen — sind das nicht ebenso viele Mahnungen, die laut an das Gewissen des Bürgertums schlagen, ihm ein donnerndes: „Werde hart!“ zurufen sollten! Es ist höchste Zeit, dass die Warnrufe beachtet werden. Fühlt das Bürgertum im engeren Sinne die Kraft und den Willen, dieser Überwucherung des militaristischen Geistes mit dem schärfsten Nachdruck entgegenzutreten, nicht mehr in sich, dann darf es sich nicht wundern noch beklagen, wenn schon eine nahe Zukunft mit der Führung dieses Kampfes andere betraut, die an Selbst- und Kraftbewusstsein wie an rücksichtsloser Energie dem Militarismus und seinen Trägern nicht um Haaresbreite nachstehen.“

Pressstimmen über den bundesrätlichen Entwurf betreffs Subventionierung der Volksschule durch den Bund.

I.

Wir beginnen mit den subventionsfeindlichen Kundgebungen:

Das „*Genfer Journal*“: „1882 bedrohte man die Kantone mit dem Schulvogt und bot ihnen nichts dafür. Heute verspricht man ihnen Subventionen und bemüht sich, die Kontrolle darüber als ganz harmlos darzustellen.“ An dieser Kontrolle stösst sich das Organ der Genfer Konservativen; es meint, da werde eben der Hebel eingesetzt, um die Schulhoheit der Kantone zu erschüttern. Wie traurig es mit dieser „Hoheit“ in gar vielen Kantonen bestellt ist, das verschweigt es wohlweislich. Dem Genfer Blatte ist eben der Finanzpunkt die Hauptsache; da meint es denn: „Das Stärkste ist, dass der Bund das Geld, mit dem er die Schulhoheit der Kantone kaufen will, gar nicht besitzt. Im letzten Dezember erklärte der Bundesrat, dass die Unfall- und Krankenversicherung und die Subventionen an die Volksschule nur durchgeführt werden könnten, wenn dem Bund neue Einnahmequellen erschlossen würden. Man meinte damit das Tabakmonopol, wagte aber nicht, damit zu kommen, weil es unpopulär ist. Jetzt spielt der Bund den Noblen mit dem Geld, das er nicht hat; 1,200,000 Franken will er der Volksschule schenken, 5—6 Millionen der Versicherung. Nachher, wenn die Ausgaben beschlossen sind, wird er kommen und sagen: Unser Haushalt zeigt ein Deficit, wir brauchen neue „Einnahmen“ und unter dem Zwang der Notwendigkeit wird er versuchen, den Kammern das Tabakmonopol zu entreissen. Das ist eine bedauerliche Politik — nicht nur finanziell, sondern auch moralisch.“ (B. L. B.)

Die Freiburger „*Liberté*“: „Diese Sorte von Schulordnung ist wohl freilich dazu angethan, um das Wohlwollen der Bevölkerung hervorzurufen. Es ist in derselben nicht mehr die Rede von einer Bundesaufsicht über die Natur des Unterrichtes, und auch das interkonfessionelle Programm von 1882 wird in keiner Weise erwähnt. Die Kontrolle wird sich nur auf die materielle und finanzielle Seite der Schule erstrecken und den Kantonen steht es frei, das eidgenössische Geld zurückzuweisen, folglich auch die Einmischung des Bundes Man lockt das Schweizervolk zuerst mit verführerischen und scheinbar unschuldigen Vorschlägen; dann führt man es an dieser goldenen Schnur auf die Weide des Herrn Schenk, der nichts anderes sinnt, als schliesslich die endgültige Besitznahme unserer Schulen durch den Bund.“

Die „*Revue*“ (Lausanne): „Es ist herrlich, herrlich, sie können es nehmen oder zurückweisen, ganz nach Belieben; sie können die vergoldete

Pille runterschlucken oder andern überlassen. Kein Bundesbeamter wird die Operation und ihre Folgen überwachen. Wenn aber die Kantone sich einmal an die Subvention gewöhnt haben, dann wird die grosse Press-campagne mit den parlamentarischen Motionen gegen die Kantone wegen schlechter Anwendung des geschenkten Geldes losgehen. Man wird eidgenössische Kontrolle, einen eidgenössischen Inspektor verlangen, man wird sich auf das „Wer zahlt, befiehlt“ berufen und es wird weder an Gründen noch an einer Majorität fehlen, um die Intervention des Bundes zu bewerkstelligen.“

Der „*National Suisse*“ (Chaux-de-Fonds): „Man will in zwei Tempi und drei Bewegungen das Zündholzmonopol ausführen, die Militärorganisation revidieren, eine Staatsbank errichten, der Eidgenossenschaft Rechte auf die Volksschule und auf die Eisenbahnen einräumen, die Kranken- und Unfallversicherung organisieren u. s. w. Wir unserteils wären glücklich, wenn es gelänge, alle diese schönen Projekte zu einem guten Ende zu führen. Aber wir fürchten, dass man, weil man zu viel will, schliesslich nichts erhält, oder zum wenigsten, dass das Volk aus Verdruss die Verwerfung von längst vorbereiteten Dingen, wie die Versicherungsangelegenheit, herbeiführt.“

„*Glarner Nachrichten*“: „Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, es gelte in Bern die Finanzen bis zur äussersten Leistungsfähigkeit in Anspruch zu nehmen, um bei Erledigung der Unfall- und Krankenversicherung sagen zu können: Die Finanzkraft des Bundes ist erschöpft und kann an die Versicherungsaufgabe nichts oder nur wenig leisten. Vier Millionen jährlich Mehrbelastung des Militärbudgets und über eine Million für die Schule — wie stimmt das mit der Darstellung des Finanzministers gegenüber der Versammlung von Vertrauensmännern, die vor zwei Jahren zur Beratung des Forrerschen Entwurfes in Bern tagten, wonach der Bund höchstens die Verwaltungskosten der Versicherungsanstalt zu tragen vermöge!“

Die „*Neue Glarner Zeitung*“: „Wir haben seit Eröffnung des Feldzuges für eine Unterstützung der Volksschule aus Bundesmitteln den Standpunkt verteidigt, dass zuerst die grosse Frage der Kranken- und Unfallversicherung gelöst werden sollte, bevor der Bund diese keineswegs dringliche Sache anhand nehme. Die von uns geäusserte Ansicht fand in der Presse denn auch vielfach Unterstützung; man ist im Volke nicht zufrieden damit, dass der vor bald vier Jahren erlassene Verfassungsartikel, welcher dem Bunde die nötigen Kompetenzen für die Lösung jener grossen Aufgabe überträgt, so lange auf die Ausführung warten muss. Gelingt es den Räten nicht, bis zur Volksabstimmung über die neue Schulvorlage — denn es ist wohl kaum daran zu zweifeln, dass vom Referendum in dieser Frage Gebrauch gemacht werden wird — auch in der Unfall- und Kranken-

versicherung einen bedeutenden Schritt vorwärts zu thun, so werden tausende von Bürgern bei der Schulvorlage ein „Nein“ in die Urne legen, nicht aus Mangel an schulfreundlichem Sinne, sondern um damit den besten Willen zu bekunden, dass dem wichtigern, das seit langem auf Erfüllung wartet, der Vorrang gebührt.“

Das „*Schaffhauser Tageblatt*“: „Wir halten die Schulvorlage für ein Stück ungesunder, schädlicher Centralisation, mit dem man uns nicht in dem Augenblick kommen sollte, da es gilt, die notwendige und heilsame Centralisation in der Armee, im Recht, im Eisenbahnwesen zu erringen. Streckt der Bund auch noch seine Hand über die Schule, und das thut er doch, wenn er sich eine Genehmigung der kantonalen Schulrechnungen vorbehält — was bleibt dann noch den Kantonen? Dann allerdings sind sie zu blossen Verwaltungskreisen herabgesunken, dann mag man den Uristier und den Steinbock, den Mutz und den Leu und die andern kantonalen Tiere alle getrost einbalsamieren. Die Schule war noch ein Gebiet, auf dem sich der Wetteifer der Kantone bethätigen und die Sonderart der verschiedenen Gegenden ausleben konnte. Jetzt soll auch hier alles schablonisiert und uniformiert werden. Im hintersten Bergkrachen soll das nämliche gelten, wie im Fabrikdorf. In Bern werden Normen aufgestellt, und dort wird mit der grossen Bundeskelle geschöpft!“

Das *Luzerner Tagblatt*: „Wie steht's im Finanzpunkt? Wie will die Bundeskasse den in Aussicht genommenen neuen Verpflichtungen nachkommen, ohne neuerdings in eine Deficitwirtschaft hinein zu geraten? Man hat dem Schweizervolk anlässlich des Beutezuges die Versicherung gegeben, dass vom Jahre 1897 an die Deficite verschwinden, dass das Gleichgewicht in den Bundesfinanzen von diesem Zeitpunkte an wieder hergestellt sein wird. Dieses Versprechen muss gehalten werden. Wie will man es bewerkstelligen, dass ihm auch wirklich nachgelebt wird?“

Die „*Neue Zürcher-Zeitung*“ redet von „ziellosem Geldverteilen“, wodurch Art. 27 der Bundesverfassung nicht Genüge geleistet werde. Als ob man von der Seite die Ausführung des Art. 27 begehrte und seit 21 Jahren irgend einen Schritt dafür gethan hätte! Diese Heuchelei!

(Fortsetzung folgt.)

Schulnachrichten.

Bernischer Lehrerverein. Die Gemeinde Hofstetten bei Brienz hat beschlossen, es sei die Unterschule dieser Gemeinde zur Neubesetzung auszuschreiben. Die Sektion Brienz macht Anstrengungen, die Beseitigung der betreffenden Lehrerin zu verhüten. Vor Bewerbung wird gewarnt.

Ferner wird vorläufig vor Anmeldung auf die Oberschule Moos bei Schwarzenburg gewarnt, wo letzten Sonntag der Inhaber der Stelle mit 11 gegen 9 Stimmen auf unmotivierter Weise gesprengt worden ist.

Centralkomitee.

Thun. Die Einwohnergemeinde hat letzten Sonntag folgende Anträge des Gemeinderates einstimmig angenommen:

„a. In allen Klassen der Elementar- und der Primarschule werden Lehrmittel und Lehrmaterialien unentgeltlich als bleibendes Eigentum verabfolgt.

b. Stoffe für den Arbeitsunterricht sind davon ausgeschlossen. Zur Beschaffung derselben für arme Schülerinnen sind Hilfsmittel vorhanden, im übrigen handelt es sich um Erstellung von Bekleidungsstücken, die Eigentum der Kinder bleiben.

c. Für die ca. 25 Schulgeld bezahlenden Kinder aus Aussengemeinden soll keine Ausnahme von diesen Beschlüssen gemacht werden.

d. Die Kredite von je Fr. 200 der Progymnasiums und der Mädchensekundarschule für Anschaffung von Lehrmitteln für unbemittelte Kinder werden auf je Fr. 400 erhöht.

e. Diese Beschlüsse treten vom 1. Januar 1896 an in Kraft.“

Wenn man bedenkt, dass die ziemlich schwer mit Steuern belastete Gemeinde auch noch mit einem neuen Schulhausbau sich beschäftigt, und dass auch die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule an die Hand genommen ist, so wird man derselben die Hochachtung für ihre Bildungsbestrebungen und ihren schulfreundlichen Sinn nicht versagen können. Da heisst es für manche andere Gemeinde einfach: Mach's nach!

Interlaken. Die Einwohnergemeindeversammlung hat das von der Primarschulkommission entworfene und vom Gemeinderat durchberatene Reglement für die obligatorische Fortbildungsschule einstimmig angenommen. Dasselbe sieht in Halbjahreskursen von November zu November mindestens 60 Unterrichtsstunden vor und ist für alle in der Gemeinde ansässigen bildungsfähigen Jünglinge vom 17. bis 19. Altersjahre obligatorisch. Solche, die die Handwerkerschule besuchen, können in den Fächern, welche für die Fortbildungsschule vorgeschrieben sind, zu einer Prüfung angehalten werden. Angenommen wurde ferner einhellig die unentgeltliche Verabfolgung der Lehrmittel an die Primarschule.

In **Aarmühle** ist Kollege Borter nach 51jährigem Schuldienst in den Ruhestand getreten, und zwar nicht, ohne dass die Gemeinde die treue, segensreiche Arbeit des Mannes öffentlich anerkannt hätte.

Büren. (Korr.) Hier ist das Unglaubliche geschehen. Nachdem mit viel Mühe ein Projekt für den absolut notwendigen Neubau eines Schulhauses zustande gekommen war, ist dasselbe von der letzten Einwohnergemeinde wieder verworfen worden. Die Gegner desselben sind grösstenteils Angehörige der reichen Burgergemeinde, welche einen bescheidenen Beitrag an die Kosten hätte leisten sollen.

Artikel 17 des Primarschulgesetzes. Grossrat Burkhardt in Köniz gedenkt in nächster Session des Grossen Rates eine Interpellation um authentische Interpretation dieses Paragraphen zu stellen.

Neuveville. Cette localité vient de faire une perte sensible dans la personne de M. E. Grosjean, père, instituteur de la I^{re} classe primaire, décédé subitement jeudi le 11 juillet après-midi. Frais et dispos, il avait encore participé avec ses élèves à la course scolaire du mardi précédent et le jeudi matin même il avait tenu sa classe comme d'habitude.

Agé de 63 ans, M. Grosjean a passé plus de 40 ans dans l'enseignement; tout d'abord à Bévillard, à Sonvillier, puis à Nods et enfin depuis une vingtaine d'années à Neuveville. D'un caractère affable, toujours disposé à rendre service, instituteur dévoué et consciencieux, père de famille modèle, le défunt laissera d'unanimes regrets non seulement parmi ses anciens élèves, mais aussi parmi toute la population, qui a eu l'occasion d'apprécier ses longs et nombreux services. G.

Bellelay. Le 15 juillet est arrivée à Bellelay une colonie de vacances de Bienne, soit une quarantaine d'enfants qui viennent faire une cure d'air sous la conduite de M. Kueffer, instituteur, et de M^{lle} Gartner, institutrice. Ils occupent une partie de l'établissement de l'Hôtel de l'Ours tenu par M^{me} Boivin, qui a gracieusement mis à la disposition du comité, quelque peu dans l'embarras, les locaux nécessaires au séjour de ces petits. G.

Porrentruy. L'assemblée communale du 14 juillet comptait une centaine de citoyens.

Sur la proposition de l'autorité scolaire, il a été décidé de ne pas mettre au concours les places d'institutrices de M^{mes} Bourquin et Coulon. Quant à M^{me} Beuret, elle obtient sa retraite.

Par environ 80 voix contre une douzaine, l'assemblée, après discussion, adopte la proposition du Conseil communal pour l'emplacement d'une halle de gymnastique. Elle sera construite dans la cour du Séminaire, et la promenade des Tilleuls pourra être appropriée pour une place de jeux. G.

Stadt Bern. Montag den 8. Juli sind auf 18 Wagen 300 arme Schulkinder in die Ferien nach Hasli und Rüeggisberg gezogen. Auch dieses Jahr wurde bei der Abfahrt jedem Kinde von einer anonymen Geberin ein „Weggen“ gereicht.

Belp. (Korresp.) Sekundarlehrer Scheurer in Belp, welcher seit 16. Januar spurlos verschwunden war, hat von Sidney aus Nachricht über seinen Aufenthalt gegeben. Dem Briefe lagen 2 Geldanweisungen im Betrage von 375 Fr. bei, die er der Sekundarschule Belp zum Geschenk machte. Die Gründe, warum er sich entfernte, sind so unklar wie vorher. Scheurer, ein etwas excentrischer, doch grundbraver Mensch, soll früher schon auf ähnliche Weise eine zeitlang verschollen gewesen sein.

Amt Seftigen. (Korresp.) Am Schlussakte des Lehrerturnkurses in Thurnen wurde auf Antrag eines begeisterten Sangesbruders beschlossen, einen Lehrermännerchor zu gründen, fleissig zu üben und überhaupt den edlen Gesang zu pflegen und dadurch auch das gegenwärtig brach liegende Sängewesen in unserm Amte neu aufzufrischen; alles schöne Vorsätze, wie sie etwa in der Stunde der Begeisterung auftauchen. Letzten Sonntag den 14. Juli sollte nun die erste Übung abgehalten und zugleich die Konstituierung vorgenommen werden, doch die Begeisterung war erloschen, kaum ein halbes Dutzend sollen sich eingefunden haben; viele, wie auch Schreiber dies, wurden durch triftige Gründe abgehalten; andere aber hätten sich ganz gut nach Thurnen begeben können. Ein neuer Versuch

wird schwerlich besser gelingen, und infolge der etwas ungünstigen Verkehrsverhältnisse kann man bei ruhiger Betrachtung der Dinge das Scheitern des Planes etwas begreifen.

Sumiswald. (Korresp.) Die Einwohnergemeinde hat letzten Samstag einstimmig die Errichtung von 4 Fortbildungsschulen in hiesiger Gemeinde auf nächsten Herbst beschlossen und das bezügliche Reglement genehmigt. Gleichzeitig beschloss sie die Nichtausschreibung von 4 wegen Ablauf der Amtsdauer erledigten Lehrstellen.

Bolligen. (Korresp.) Unter der Leitung des Herrn Lehrer Schaffer in Ostermundigen wird unsere Konferenz nächsten Herbst an 2—3 Nachmittagen einen Feldmesskurs abhalten.

Hans Wyniger sel. Den lieben Klassengenossen in Bern für die Zusendung der Todesanzeige bestens dankend, bekunde ich hiermit mein tiefstes Beileid über den Hinscheid des unvergesslichen Freundes und Kollegen Hans Wyniger, 52. Prom. Buhusi (Moldau), den 8. Juli 1895.

Gottlieb Rothen, Lehrer.

Danksagung. An meine Freundinnen aus dem 8. Kurs von Hindelbank. Für die freundliche Teilnahme an meiner Krankheit spreche ich Euch allen den herzlichsten Dank aus.

M. M., Lehrerin.

* * *

Bundessubvention. Herr Nat.-Rat Schäppi habe eine Broschüre geschrieben, worin er die Fr. 1,200,000 Bundessubvention der Volksschule für bessere Bildung des weiblichen Geschlechts verlange. Im Verteilen der Bärenhaut wurde schon von Anfang der Frage an viel geleistet. Uns scheint, es wäre das Gescheiteste,

- a) mit dem Verteilen zu warten, bis man etwas hat,
- b) dasselbe dann den betreffenden Schulgemeinden und lokalen Behörden zu überlassen. Die wissen am besten, wo der Schuh drückt.

Was die bessere Mädchenbildung fürs Haus anbelangt, so ist damit jedermann einverstanden. Vorwärts, das Kochen z. B. für die ältern Mädchen unter die Fächer des Primar- und Sekundarschulunterrichtes eingereiht und ihm, wie auch anderm, die nötige finanzielle Unterstützung gewährt! Das ist der richtige Weg. Allein jetzt, nachdem der Bundesrat vorgegangen ist, der guten Sache, für die wir kämpfen, einen neuen Bengel unterzuwerfen, das hätte der sonst schulfreundliche Schäppi bleiben und es füglich den Gegnern einer tüchtigen Schulbildung überlassen dürfen; sie sind ja um Kampfmittel nicht verlegen.

Der **Centralvorstand des „Schweiz. Lehrervereins“** fordert mittelst Cirkular die Mitglieder auf, bei Vertrieb des Lehrerkalenders thätig zu sein. Da der Ertrag in die Kasse für die Waisenstiftung des Vereins fällt, so ist eine rege Mithilfe der Lehrerschaft bei diesem Unternehmen wohl angezeigt.

Nachturnkurse für Lehrer. Der Turnlehrerverein von Basel ist mit dem Protest des bernischen Lehrervereins betreffend dieser Kurse nicht einverstanden,

„weil sie ein schätzenswertes Mittel zur Förderung des Turnunterrichtes in den Schulen und des militärischen Vorunterrichts namentlich in den Kantonen mit ungenügendem Seminarunterricht seien.“ Das fehlte noch, dass diese Nachkurse das Turnen als solches schädigten!

Handfertigungsunterricht. Der Vorstand des schweizerischen Vereins für Handfertigungsunterricht in Verbindung mit dem Centralkomitee der Schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft setzt einen ersten Preis von Fr. 1000 und einen zweiten von Fr. 500 auf die Beantwortung folgender Frage aus: „Wie ist der Handarbeitsunterricht für beide Geschlechter auf der Elementarstufe als allgemein bildender und erzieherischer Faktor in die Volksschule einzuführen und in stofflicher wie methodischer Hinsicht zu gestalten?“ Eingabetermin Ende Juli 1896.

Schwyz. Die Lehrerkonferenz des Kreises Schwyz beantragt dem Erziehungsrat die Einführung von Suppenanstalten für die schulpflichte Jugend des Kantons. Die Mittel hierfür sollen aufgebracht werden durch Staatsbeiträge, durch Kirchen- und Hauskollekten, Sammlungen bei der Schuljugend, Vereinen und Privaten. Die Lehrer werden eingeladen, namentlich für die Sammlung von freiwilligen Beiträgen thätig zu sein.

— Das erstinstanzliche Urteil im Falle des jugendlichen Mörders **Lienert** ist vom Kantonsgericht dahin abgeändert worden, dass von der halbjährigen Einzelhaft abgesehen wird und **Lienert** sofort bis zum erfüllten 18. Altersjahr in einer Besserungsanstalt unterzubringen und nachher unter polizeiliche Aufsicht zu stellen ist. Dagegen behält sich das Gericht vor, gegen den Verurteilten, sofern er sich in der Anstalt nicht zufriedenstellend aufführt und keine Besserung erwarten lässt, nach Gutfinden noch eine weitere Strafe zu verhängen.

Zürich. Herr Prof. **Jak. Bächtold** in Zürich, der Verfasser der bekannten Lesebücher, hat einen Ruf an die Universität Leipzig erhalten.

Aargau. Das Mittagsbankett der Behörden und Einwohner von Aarau anlässlich des Jugendfestes gestaltete sich zu einer begeisterten Kundgabe, für den auf dem Krankenbett liegenden Bundesrat **Schenk**. Erziehungsdirektor **Dr. Käppeli** gedachte mit warmen Worten des Förderers der Jugendbildung und beantragte die Absendung eines Sympathie-Telegrammes an die Familie des Patienten.

— Eine italienische Gesellschaft kaufte das Kloster **Muri**, um darin eine internationale Handwerkerschule einzurichten. Einige vermuten, es stecke hinter der „Handwerkerschule“ etwas anderes.

Bundesrat Schenk ist gestorben

Schulausschreibungen.

Ort der Schule	Art der Schule	Kinderzahl	Besoldung Fr.	Anmeld.-Termin	Kreis	Anmerk.*
Möriswyl	gem. Schule	52	600	21. Juli	V.	3.
Täuffelen	Oberschule	40—50	650	27. "	VIII.	6.
"	Mittelklasse	50	600	27. "	"	9.
Äschlen b. Sigriswyl	gem. Schule	55	600	31. "	III.	2.
Wyszbach	Unterschule	40	550	5. Aug.	VII.	2. u. 4.
Vinelz	Oberschule	50	700	27. Juli	IX.	2.
Utzigen	Mittelklasse	50	600	31. "	V.	2.
"	Unterschule	45	550	31. "	"	3.
Rütti bei Büren	Mittelklasse	50	650	3. Aug.	VIII.	2.
Boltigen	Oberschule	50	550	10. "	II.	3.
Schwarzenmatt	Elementarkl.	35	550	10. "	"	2.
Oberwyl	obere Mittelklasse	45	800	10. "	"	1.
Thierachern	Oberschule	55	650	10. "	"	2.
Blumenstein	obere Mittelklasse	55	550	10. "	"	3.

*Anmerkungen: 1. Wegen Ablauf der Amtsdauer. 2. Wegen Demission. 3. Wegen prov. Besetzung. 4. Für eine Lehrerin. 5. Für einen Lehrer. 6. Wegen Todesfall. 7. Zweite Ausschreibung. 8. Eventuelle Ausschreibung. 9. Neu errichtet.

49. Promotion.

Klassenzusammenkunft Sonntag den 28. Juli in Bern.

Sammlung bis 11 Uhr im Stadtgarten.

Keiner fehle!

Münchenbuchsee, 10. Juli 1895.

Emil Schmid.

Pianos und Harmoniums.

Grösste Auswahl in allen Preislagen, nur prima Fabrikate der Schweiz Deutschlands und Amerikas.

Generalvertreter der Carpenter Orgel-Harmoniums.

Billigste Bezugsquelle.

F. Pappé-Ennemoser



Kramgasse 54, Bern.

Stellvertretung.

An der Länggassschule ist die Klasse IV b, 6. Schuljahr, mit Amtsantritt auf den 5. August bis nächsten Herbst, event. bis zum Frühjahr stellvertretungsweise zu besetzen. Anmeldungen sind bis zum 27. Juli dem Präsidenten der Schulkommission, Herrn Pfarrer Ryser, einzureichen.

Bern, 10. Juli 1895.

Die Schulkommission.

 **Anzeige.** 



Empfehlen den Herren Lehrern mit ihren Schulen, Vereinsvorständen mit ihren Gesellschaften etc. beim Besuche der Bundesstadt unsern

grossen Saal mit Theaterbühne

sowie prächtige **schattige Gärten** aufs Angelegenste. (In unmittelbarer Nähe des kantonalen Museums.)

Bei vorheriger Anzeige **Mittagessen** zu allen Preisen.

Ausgezeichnete offene und Flaschenweine.

Telephon.  **Vorzügliches Gassner-Bier.**  Telephon.

Indem um fleissigen Zuspruch bitten, zeichnen achtungsvollst

Familie Linsmayer,
zum Restaurant Kirchenfeld.

—*— **BIEL** —*—

Hotel zum weissen Kreuz

Billigste Preise. — Gute Besorgung zugesichert.

Empfehle mich bestens für Schulen.

B. Stierlin.

SOLOTHURN

 **Gasthof zum Pflug** 

Biel- und Langendörferstrasse

Eigentümer: **Peter Adam-Flury.**

Empfiehl sich Tit. Schulen und Vereinen bestens.

Stellvertreter gesucht.

Infolge Militärdienst ist vom 22. dies bis Mitte September an der Knaben-Rettungsanstalt Landorf die Stelle eines Lehrers und Erziehers zu besetzen.

Bringe hiermit den Tit. Schulen sowie Vereinen in Erinnerung, dass das altbekannte

Restaurant Enge in Murten

neu renoviert ist, und sich hauptsächlich für Schulen und grössere Gesellschaften eignet. Platz für 600 Personen. Preise billigst.

Rud. Hofstetter, Eigentümer.

Volksküche Biel

Untergasse 21, „Helvetia“, I. Stock

empfiehl sich den Schulen, deren Ausflugsziel Biel ist, zu Mittagessen und Erfrischungen zu billigsten Preisen. Vorherige Anzeige erwünscht.

Verantwortliche Redaktion: **J. Grünig**, Sekundarlehrer in Bern. — Druck und Expedition: **Michel & Bächler**, Bern.